

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lebküchler, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Süßkolladen- u. Kekselindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2

Er erscheint jeden Donnerstag. Redaktionsschluss Montag morgen 10 Uhr.

Insertionspreis pro dreispaltige Postzelle 50 Pfg., für die Zahlhallen 30 Pfg.

Zum Auferstehungsfeste.

Darf man in diesen Tagen von Auferstehung sprechen? In dieser Zeit, da die angeblich kultiviertesten Menschen ihr ganzes Können, ihre ganze Kraft darauf richten, einander vom Erdboden zu tilgen, und der größte Teil der Europäer — unter vielfacher Zuhilfenahme von „Menschennaterial“ aus allen andern Erdteilen — entweder zu Toten oder zu Totengräbern wurde? Zu dieser Stunde, da die Hölle, die das bekannlich „vernünftige Wesen der Erde“ auf diesem Planeten schuf, emporstammt zu rasenden, alles verzehrenden Flammen?

Darf man in dies wütende Toben jenseitiger Irrenwände einen friedlichen Ton senden, der keine Fanfare zum Dreinhauen ist, sondern ein Gruß an die Zukunft, die ja trotz allem und allem jenseits dieses Krieges winkt und die dann freigewordenen Kräfte der Nationen zu wesentlich andern Aufgaben als denen der Vernichtung mobil machen wird —?

Niemand kann sagen, was noch übrig sein wird, wenn diese furchtbare Verirrung, dieser selbstmörderische Wahn der Menschheit einmal erlischt. Niemand weiß heute, wo der letzte Grabhügel sich wölben, wo die letzte Ruine ihre Brandgeschwärze überreife anklagend zum Himmel breiten wird, wo die dröhnende Stimme des letzten Mörzers, der letzte Hall ratternder Gewehre verklingen werden. Und keiner kann es wissen, wieviel heile Planeten dann noch auf dem Wasser schwimmen, die in sicherer Fahrt die wieder geöffneten Ozeane durchqueren, um die Erzeugnisse friedlicher Fertigkeit davonzuführen und Früchte und andere Gaben aus fremden Zonen heimbringen zu können.

Nur das eine erscheint leider gewiß: die Zeit nach diesem Kriege wird, wenn auch nicht mehr blutigrot, darum doch nicht rosenrot sein.

Zwar sind heute schon mannigfache Kräfte am Werke, um dem Gange sowohl der wirtschaftlichen wie politischen Entwicklung die Wege vorzuzeichnen. Zwar existieren bereits Körperschaften, die darauf sinnen sollen, wie die unabwehrlichen Erschütterungen, die bei der Ueberleitung der Kriege in die Friedenswirtschaft zu erwarten sind, am besten aufgefangen und wenigstens unschädlich gemacht werden können. Zwar gibt es nicht wenige, die in inner- und außerpolitischer Hinsicht schon den vollständigen Plan — vollständig bis zum letzten i-Punkt — in der Rodtastage tragen und ganz genau wissen, wie es kommen — soll. Wenn es nämlich nach ihren Wünschen geht; aber da diese Wünsche recht verschiedener Art sind und sich oft sehr feindlich gegenüberstehen, werden die einen oder andern — oder beide — vorbestimmte Zeit haben.

Die Erkenntnisse und Erfahrungen aller Völker, die un-mittelbar oder mittelbar von dieser beispiellosen Kriegskatastrophe ergriffen wurden, sind so ungeheuer und ungeheurer Natur, daß ihre Wirkungen heute vielleicht gesehen, aber in ihrem vollen Umfange von niemand vorausgesehen werden können. Jedenfalls aber — das lehrt die Geschichte — ziehen große kriegerische Ereignisse stets große Umwälzungen nach sich. Menschen und Dinge sind andere nach als vor dem Kriege, und wann hätte je ein Streit der Nationen so tief in das persönliche und das Massenleben eingegriffen? Hier also gilt ein inneres Gesetz der Entwicklung, das sich zögerlos automatisch Geltung verschafft und wie Ursache und unvermeidliche Wirkung zu be-trachten ist.

Darum verteidigen alle die eine ausschließliche Position, die sich bei der Ausmalung ihrer Zukunftsbilder den Krieg und seine naturnotwendigen Folgen hinwegdenken und einfach bei Friedensschluß dort anknüpfen wollen, wo die Dinge bei Kriegsbeginn standen. Vergessliches Bewußtsein! Ihre herrmenden Ansetzungen, die mit einem sehr stultischen Unterton von Angst schon jetzt oft genug hörbar werden, ihre frampshofften Versuche, dem Rade der Zeit im Verlaufe zu stellen, werden nicht verhindern können,

daß Staat und Wirtschaft neue Wege auffuchen, weil sie sie eben auffuchen müssen, wenn sie die schwierige Situation, der wir entgegengehen, bewältigen wollen. Und insofern wird die Entwicklung mit ehernem Schritt über alle widerstrebenden Elemente hinwegschreiten.

Wir sagen dies nun keineswegs, weil wir etwa der Meinung wären, ein großer Fortschritt im Sinne der Arbeiterbestrebungen sei eine selbstverständliche Sache und werde uns mühelos in den Schoß fallen. Das wäre ein sehr gefährlicher Glaube! Wir sind nur überzeugt davon, daß die Umwälzungen politischer und wirtschaftlicher Art, die diesem Kriege folgen, zahlreiche Möglichkeiten mit sich führen werden, um der Arbeiterschaft das ihrer Bedeutung entsprechende Gewicht im Volksgange zu verschaffen und sie von ihrer bisherigen Nebenbuhlerrolle zu befreien. Wir sind ferner überzeugt davon, daß es einige Leute gibt, die das nicht gern sehen würden. Und wir haben schließlich auch keinen Zweifel, daß jener Regierungsvertreter, der im Parlament für die kommende Friedenszeit heftige innere Kämpfe voraussagte, von den Tatkraften nicht Lügen gestraft werden wird.

Alles dies aber führt dazu, um der Erkenntnis sicher zu sein, daß zwar die Tendenz zur Aufwärtsbewegung in unserem Sinne tätig werden würde, daß sie aber je nach dem Verhältnis der einander widerstrebenden Kräfte nach rechts oder links umgebogen werden kann. Mit andern Worten: es wird darauf ankommen, ob die Anhänger der Reaktion oder die einer freierlichen Entwicklung stärker sind.

Darum haben wir alle Veranlassung, beizeiten an die Auferstehung unserer organisierten Kraft zu denken. Sie ist ja nicht tot, nein. Aber der Krieg hat sie zur Ruhe gezwungen, hat ihre Funktionen zum großen Teile lahmgelegt, hat Tausende und Abertausende unserer gewerkschaftlichen Streiter aus dem wirtschaftlichen in den blutigen Kampf gerufen und hat andere in veränderte Lebensverhältnisse geworfen. So wurde vielen das äußere Band zerschritten, das sie an ihre berufliche Organisation fesselte.

Das äußere Band. Das innere — das Bewußtsein der Zugehörigkeit zu seinen Berufsgenossen — ist glücklicherweise in vielen Fällen unverfehrt geblieben, und die Kreue zur Gewerkschaft leuchtet herzerquickend aus zahlreichen Briefen, die im Felde unter schweren Strapazen und oft genug in drohender Todesnähe geschrieben wurden.

So, mancher, dessen Sinnen und Sorgen auch da drau-ßen bei seiner gewerkschaftlichen Friedensarbeit weilte, mancher, der mit Sehnsucht und Freude an die großen Aufgaben der Zukunft dachte, mancher von ihnen ist nicht mehr. Zu langen, allzu langen Namenreihen haben sich die Opfer gehäuft und häufen sich noch. Die schwarzumrandeten Anzeigen füllen Seiten um Seiten, und immer wieder stoßen wir auf das Wort der lebenden Freunde und Kollegen: „Wir werden seiner ehrend gedenken!“

Dies aber sollte mehr als ein Wort sein. Mehr als ein Satz, den kollegiale Gemüthsheit ausdrückt. Ein Gelohnis sei's!

Es steht in keinem Menschen Macht, Tote zum Leben aufzuwecken — und Wunder erwarten wir nicht.

Aber was wir erwecken und fortführen können, das ist der Geist, das sind die Werke der Gestorbenen.

Zahlreiche Helden sind unter der unabsehbaren Menge von Leben, die dieser Krieg verschlingt, die Helden auch im kriegen Friedensalltag waren, namenlose Helden oft, die in der Stille für ihre Ueberzeugung, für den Aufstieg der Arbeiterschaft, für ihre materielle und geistige Kultur unermüdet wirkten und schweigend Opfer um Opfer darum trugen.

Können wir ihrer ehrender gedenken, als in der Erhaltung und im Ausbau der Werke, die sie einst begeistert mitgeschaffen haben? Als dadurch, daß wir ihren Helden-

und Opfergeist auch in der jüngeren Generation lebendig machen?

Dem dies duldet, wie gesagt, keinen Zweifel: Wir werden, was auch sonst die Zeiten bringen mögen, einen festgefügtten Zusammenschluß aller unserer Berufsangehörigen, werden eine machtvolle Organisation mit zielklaren Mitgliedern nötiger haben als je! Neue Aufgaben in heute noch nicht abschätzbarer Fülle werden ihre Lösung von uns fordern, Aufgaben, die nur eine einige, von hartem Willen besetzte Arbeiterschaft wird durchführen können. Darum darf auch die Zwietsracht keinen Raum in unseren Reihen gewinnen. Jeder, der sich bewußt ist, daß das Heil des einzelnen im Heil des Ganzen ruht, und daß der Erfolg des Ganzen abhängig ist von dem verständnisvollen Zusammenwirken aller, jeder, dem es ernstlich darum zu tun ist, die Kraft der Organisation zu erhalten und zu vermehren und praktische Erfolge zu erzielen, wird allem unruhigbaren Haber die Tür weisen und mit aller Energie für die Ausbreitung und Belebung seiner Gewerkschaft einziehen — eingedenk der Erkenntnis: Wir müssen gerüstet sein!

Und wo das der Fall ist, braucht uns um die Gestaltung der Zukunft nicht bange zu sein. In unsern allen und jungen Streikern wird der Geist und der Wille derer, die gestorben sind, weiterleben und weiterwirken und weiterbauen an den wirklichkeitsnahen Idealen, die sich in unserer Organisation verkörpern.

In dieser Zuversicht begehen wir das Osterfest, hoffend, daß es das letzte in Kriegszeiten sein werde, wissend, daß die Auferstehung zu guten, fruchtbaren, schöpferischen Taten kommen muß und wird.

Eine Zusammenlegung von Bäckereibetrieben infolge des Hilfsdienstgesetzes

wird, wie aus den neuerlichen Kundgebungen der maßgebenden Stellen hervorgeht, in der Tat vorläufig nicht in Frage kommen. Unseres Erachtens wird sie überhaupt nur in ganz beschränktem Umfange in Erwägung zu treten brauchen; denn eine wesentliche Ersparnis von Betriebsmaterial oder von Arbeitskräften würde in den weitaus meisten Fällen, wie die Verhältnisse in den ausschlaggebenden Großstädten einmal zeigen, nicht zu verzeichnen sein. Und einigen Ersparnissen im inneren Betrieb würden auf der andern Seite wieder vermehrter Kräfteverbrauch anderer Art gegenüberstehen. Wir brauchen nur an die größeren Schwierigkeiten des Transports der fertigen Ware an die Verteilungsstellen von einer Zentralfabrik oder wenigen Betriebspunkten aus zu denken, um zu erkennen, daß die Sache durchaus nicht so einfach und vorteilhaft ist, wie sie auf den ersten Blick aussieht und wie sie von uninteressierten Kreisen gern hingestellt wird. Schon heute ist es den vorhandenen Großbetrieben oft nicht möglich, mit dem mangelhaften und ungenügenden Transportmaterial die Ware zur rechten Zeit dorthin zu bringen, wo sie gebraucht wird. Deshalb ist es nur gutzuheißen, daß das Kriegswesen und das Kriegsernährungsamt, wie wir erfahren haben, zunächst den Bäckereibetrieb nicht auf die Liste der Industrien und Gewerbe gesetzt hat, deren Zusammenlegung in Kürze in die Wege geleitet werden soll. Es sind uns bisher 26 verschiedene Gewerbe oder Gewerbegruppen bekanntgeworden, deren Konzentrierung zuerst in Angriff genommen werden soll, und darunter ist das Bäckergewerbe noch nicht! Sollte also dieses überhaupt einmal in Frage kommen, so werden auf alle Fälle noch Monate darüber vergehen. Wir wollen dies ausdrücklich feststellen, da unsere Kollegenschaft selbstverständlich auch für die nächsten Monate möglichst klar sehen möchte.

Schneller wird wahrscheinlich für die Süßwarenindustrie eine teilweise Zusammenlegung in Frage kommen; aber auch hier sind die Vorarbeiten (mit denen sich Sachkommissionen der Unternehmer, wie in unserm Vaterlande bereits berichtet wurde, seit einiger Zeit beschäftigen) noch in den ersten Stadien. Es ist jedoch immerhin Zeit, daran zu erinnern, daß die Kollegenschaft in diesen Vertrieben alle Ursache hat — gleichviel, ob eine Zusammenlegung der Süßwarenbetriebe früher oder erst später kommen sollte — sich jetzt sofort mit der Frage zu beschäftigen, wie sie ihre eigenen Interessen angesichts solcher Veränderungen am besten wahren kann. Kögen die Kollegen und Kolleginnen

dieser Betriebe bedenken, daß nur dann, wenn sie gut zusammenhalten und fest organisiert sind — wie die Unternehmer!!! — ihre Rechte und Interessen nach Möglichkeit geschützt werden können!

Die letzte Nummer der „Glühenderen Bäder- und Konditor-Zeitung“ bringt zur Frage der Zusammenlegung der Bäderbetriebe noch den Bericht einer außerordentlichen Versammlung der Innung zu Breslau, die am 19. März tagte, in der Einspruch erhoben wird, „gegen die geplante Zusammenlegung von Bäderbetrieben, zumal durch sie eine wesentliche Materialersparnis, wenigstens in den meisten Fällen, nicht eintreten würde“.

Da in die Berliner Zeitung des Innungsverbandes ebenfalls eine solche Anfrage kam, so erklärt sich in ihrem Organ einen Aufruf, aus dem hervorgeht, daß man das Genossenschaftswesen für das Bädergewerbe „pflegen, härten und ausbauen“ will, und daß zu diesem Zweck bereits Fragebogen an die Zweigverbände solcher Innungen versandt wurden, in denen Genossenschaften bestehen oder solche zu gründen beabsichtigt sind.

Diese Maßnahmen sind jedenfalls zweckentsprechender als die oben angeführten Vorschläge einzelner Innungsverbände, denn sie lauten auf eine planmäßige und nicht-überstürzte Zusammenfassung der Betriebe hinaus, durch die in keiner Weise die Entwicklung zum Großbetriebe gehindert, sondern im Gegenteil letzten Endes gefördert wird.

Die Gewerkschaftsvorstände zur Ernährungsfrage.

Eine Konferenz der Vertreter der Gewerkschaftsvorstände nahm in ihren Sitzungen vom 20. und 21. März dieses Jahres Stellung zur Frage der Kriegsernährung sowie insbesondere zu den Forderungen des preussischen Landwirtschaftsministers gegen die Eingaben der Gewerkschaften an das Kriegsernährungsamt und an den Reichsminister und zu den geplanten Neuregelungen der Preise und Rationierung der wichtigsten Lebensmittel.

Die Vertreter der Gewerkschaften erklären, daß die von dem preussischen Landwirtschaftsminister in den Sitzungen des preussischen Landtages vom 7., 8. und 15. März 1917 gegen die Eingaben der Gewerkschaften erhobenen Angriffe die Berechtigung ihrer Forderungen in der Ernährungsfrage nicht erschüttern können.

Die Gewerkschaftsvorstände halten ihre Beschwerden und Forderungen mit Entschiedenheit aufrecht und erheben nochmals ihre warnende Stimme. Die Arbeiterchaft muß vor den verantwortlichen Stellen im Reich wirklich durchgehende und schnelle Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensmittelversorgung dringend verlangen.

Wichtig für die Wahlen der Arbeiterauschüsse auf Grund des Hilfsdienstgesetzes.

An einem Erlosch des preussischen Ministers für Handel und Gewerbe, Nr. 111. 22/1. 510, vom 16. Januar 1917, heißt es:

Die Vorschriften im § 11 Absatz 2 Satz 2 und 3 des Gesetzes über den außerordentlichen Hilfsdienst finden nur auf solche Arbeiterauschüsse keine Anwendung, die beim Inkrafttreten des Gesetzes, das heißt am 6. vorigen Monats, schon bestanden. Als Arbeiterauschüsse, die am 6. vorigen Monats bestanden, können jedoch nur diejenigen gelten, die damals bereits gemäß § 134b der Gewerbeordnung oder § 501, 502, 503 und 505 des Allgemeinen Berggesetzes in der Fassung der Novelle vom 25. Juli 1909 als solche bestellt oder ernannt waren, nicht aber auf Verordnungen, die zwar nach § 134b Nr. 1 und 2 der Gewerbeordnung hätten als Arbeiterauschüsse bestellt werden können, bis zum 6. vorigen Monats aber tatsächlich noch nicht als solche bestellt worden waren.

ausschusses wahrnehmen sollte. Wurden nur gelegentlich mit dem Kassenvorstand Fragen besprochen, die für die gesamte Belegschaft des Werkes Bedeutung hatten, so liegt darin keine Verletzung des Kassenvorstandes zum Arbeiterauschuss.

Konferenz der Vertreter der Gewerkschaftsvorstände.

In den Tagen vom 20. bis 22. März fand in Berlin eine Konferenz der Verbandsvorstände statt. Der gedruckt vorliegende Geschäfts- und Kasbericht der Generalkommission wurde durch eine Reihe mündlicher Ausführungen von Lepien, Bauer, Kube und Schmidt ergänzt. Legten berichtete über die Gewerkschaftseingaben zur Ernährungsfrage und die anschließenden Verhandlungen mit dem Kriegsernährungsamt, Kriegsamt und

Oberränge.

Von Ernst Brezgang.
Woh! ihr nun von uns, des herrlichen Winters Zeit?
Sich, behende Klänge schwingen am Jung und Alt.
Erhliche Schmelze, ein jeder nach seiner Art,
Grüßen hellklingend die lichter Gegenwart;
Türpe und zwischern, erlöst von der röhren Qual,
Lubelnd hierin in der Sonne warmgoldenen Strahl;
Wiegen sich selig befreit in des Morgens Hauch,
Klingen dir mächtens, ein singender Trana, aus dem Strang;
Kinder, so alt, und doch schon wie am ersten Tag,
Singen die Felder für, fügen die Wälder ihr wach;
Wehen den Frühling, der in den Klüften tief,
Ber in den Höhlen und frischen Fuchsen tief;
Wehen die Herze, die fremd aber Fremde auch küh,
Hrlich erbarren in Iracernundwälder Brühl.
Pfeifende Kinder der Hoffnung Thoren herab,
Trübende Sänge anhalten Griffe und Grab;
Schreißen die Schwärzen mit lauten, wildem Geläch,
Lubeln von Freiheit, von Sonne und Auferstehu...
Und da harrt es mit Stunden und Licht es ungläubig toll,
Wir fröhlich he zwischern und schwingen von Aß zu Aß.
Wir weit alle Segens, Gefahr, alle Sorge und Not, —
Ira von den knospenden Wipfeln wüdel der Tod.
Erndt und janzendes Leben jubelt dir zu —
Und welche Eltern, o friedloser Welt, schreit du?!

dem preussischen Staatskommissar für Ernährungsweesen, über die Eingabe, betreffend Arbeiterforderungen bei Monopolisierung von Wirtschaftszweigen, über das Zusammenwirken mit der Gesellschaft für soziale Reform bei Vorbereitungsarbeiten für eine gesetzliche Neuregelung des Koalitionsrechts, über die Streikfreiheit für 1915 und über die seitens der Generalkommission gewährten Steuererleichterungen für ihre Angehörigen. Bauers Bericht erstreckte sich auf alle neueren Arbeiten für die Ausführung des Hilfsdienstgesetzes, bei denen in zahlreichen Fällen die Interessen der Arbeiter mit zäher Energie vertreten werden mußten, sowie auf die belgische Arbeiterfrage. Robert Schmidt machte Mitteilungen über den Stand und die Aussichten der Ernährungsverhältnisse, während Kube den Kassenvorstand eingehend erläuterte und daran anknüpfend die Regelung der Beiträge an die Generalkommission berührte.

Auf allgemeinen Wunsch gab der gewerkschaftliche Vertreter im Kriegsamt, Schilde, eine Darstellung über die Verhältnisse in diesem neuen Arbeitskreis und über die Möglichkeit, das Interesse der Arbeiterchaft wahrzunehmen. Es ist manchmal recht schwierig, mit den vielen Reports im Kriegsamt über einzelne Fragen ins Reine zu kommen, noch schwieriger aber, das Ergebnis vor den Ansehungen anderer Ministerstellen zu bewahren, da das Kriegsamt nur in den wenigsten Fällen seine Entscheidungen endgültig treffen konnte.

Die Debatte über diese Berichte nahm einen vollen Tag in Anspruch. Sie erstreckte sich auf die Ernährungsfrage und das Aufstreben des preussischen Landwirtschaftsministers, das allseitig entwidene Zurückweichen fand, auf die Preisenerwartungen und Anstellung von Fabrikpflanzern, die sowohl Verteidiger als auch scharfe Gegner fand, auf die mit der Durchführung des Hilfsdienstgesetzes seither gemachten Erfahrungen und auf das Zusammenwirken der Generalkommission mit sozialpolitischen und Hilfsorganismen sowie den Erwerb der Mitgliedschaft in solchen Organisationen seitens der Gewerkschaften.

Dem Kassener Kube wurde einstimmig Entlassung erteilt. Zur Ernährungsfrage wurde ein Beschluß gefaßt, den wir an anderer Stelle des Blattes bringen. Sodann wurde den Steuererleichterungen für die Angehörigen der Generalkommission, mit Ausnahme der Kinderzulagen, die Zustimmung erteilt. Auf Anfrage wurde festgestellt, daß die Gewerkschaftsangehörigen und Arbeitersekretäre der Weidenschaft für den vaterländischen Hilfsdienst unterliegen. Es soll bei den Feststellungsausschüssen auf die Anerkennung der Gewerkschaften als kriegswichtige Organisationen hingewirkt werden.

Zur Frage der Uebergangsgewerkschaft wurden der Konferenz Forderungen der Gewerkschaften unterbreitet, die von der Sozialpolitischen Abteilung der Generalkommission ausgearbeitet und mit einigen Ergänzungen auch von den übrigen Gewerkschafts- und Angestelltenorganisationen angenommen worden sind. Sie sollen durch eine eingehende sachliche Begründung ergänzt und dem Reichsamt für Uebergangsgewerkschaft sowie dem Reichsamt für Handel und Gewerbe eingereicht werden. Robert Schmidt erläuterte die Forderungen durch ein Referat. Die vorgeschlagenen Forderungen wurden im einzelnen vorgetragen und einige abschließende Bemerkungen und Er-

gänzungen beschlossen, wonach die ganze Vorlage einstimmig zur Annahme gelangte.

Günstiglich die Organisation der Kriegsteilnehmer, mit der sich bereits eine Vorstandskonferenz im November 1916 befaßt hatte, blieb ein Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung in der Minderheit. Die Konferenz beschloß, diese Frage vorläufig zurückzustellen, und zwar so lange, bis zunächst ernstliche Organisationsbestrebungen der Kriegsteilnehmer eine erneute Stellungnahme notwendig machen. Doch soll den besonders von Essen ausgehenden Versuchen, die Kriegsteilnehmer zu vereinigen und sogar in Zentralverbänden zusammenzuführen, mit allem Nachdruck entgegengetreten werden.

Da im Jahr 1917 nach dem Regulativ der Generalkommission ein Gewerkschaftskongreß einzuberufen wäre, unterbreitete die Generalkommission die Entscheidung darüber der Konferenz der Vorstände. Dieselbe war indes in ihrer großen Mehrheit für die Vertagung des Kongresses bis nach dem Kriege. Es wurden für diesen Beschluß die gleichen Gründe geltend gemacht, die für eine Vertagung der Verbandstage maßgebend waren.

An letzter Stelle wurden einige geschäftliche Fragen erörtert. Der Beitritt zur Gesellschaft für Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten wurde der Generalkommission und den einzelnen Gewerkschaften empfohlen. Die Entscheidung über den Beitritt zum Verband zur Förderung deutscher Theaterkultur soll noch zurückgestellt werden. Der Bericht des Vertreters der Generalkommission im Deutschen Wohnungsausschuß wurde entgegengenommen.

Generierung und Lebensmittelmangel in Rußland.

In Rußland herrscht die Landwirtschaft noch weit mehr vor als in den Staaten West- und Mitteleuropas. Die Berufszählung von 1897 zeigte, daß damals 85 pZt. der Bevölkerung durch landwirtschaftliche Tätigkeit ihren Unterhalt erwarben. Seitdem haben sich zwar Industrie und Verkehr ausgebreitet, doch kann man die landwirtschaftliche noch immer auf mindestens drei Viertel der Bevölkerung des europäischen Rußlands überhaupt schätzen. Als der Krieg ausbrach, durfte angenommen werden, daß Rußland von der Gefahr einer Nahrungsmittelkriege am wenigsten bedroht sei; und doch geht aus Berichten der Presse neuerer Länder mit großer Deutlichkeit hervor, daß nun selbst in dem osteuropäisch-asiatischen Riesereich große Not herrscht. Am meisten empfindlich macht sich augenscheinlich der Mangel an Brotgetreide; er wird gewöhnlich (wie anderwärts) damit zu erklären versucht, daß die Spekulation das Getreide planmäßig zurückhalte, um später noch höhere Preise zu erzielen, und daß Transportchwierigkeiten bestehen. Doch ist diese Erklärung kaum richtig. Mehr wahrscheinlich ist, daß durch die Einberufung des großen Teiles der Männer zum Militär und die Verwendung der meisten andern Arbeitskräfte zur Kriegsarbeit die landwirtschaftliche Produktion und die Verarbeitung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse bedeutend eingeschränkt wurde. Für die Richtigkeit dieser Annahme spricht die Tatsache, daß selbst in dem fruchtbarsten „Schwarzerdegebiet“, der Kornammer Rußlands, wo immer ein lebhafter Getreidehandel und die Mühlenindustrie blühte, der Mangel an Getreide und Mühlenprodukten recht empfindlich ist. Die meisten Großmühlen haben dort den Betrieb einstellen müssen. Ebenso wie Brotgetreide wurde in normalen Zeiten in Rußland auch Zucker in Ueberfluß erzeugt, so daß es niemals an Zucker mangelte. In England wurden Schweine mit russischem Zucker gemästet. Jetzt aber herrscht in ganz Rußland ein allgemeiner Zuckermangel. Auch hierbei kann man die merkwürdige Beobachtung machen, daß selbst Klein, das heißt das Zentrum der russischen Zuckerindustrie, darin keine Ausnahme macht. Das Zuckergut, das pro Kopf und Monat abgegeben wird, ist bloß ein russisches Pfund (400 g). In vielen Orten ist monatelang Zucker gar nicht aufzutreiben, und der Preis ist von früher 13 bis 16 Kopfen auf 1 Rubel und darüber gestiegen (40 Kopfen kommen 1 Krone gleich).

Reis, Butter, Milch, Käse usw. sind jetzt aus dem gewöhnlichen Handelsverkehr so gut wie verschwunden, die Preise daher so in die Höhe getrieben, daß ärmere Bevölkerungsschichten sie nicht mehr erwerben können. Die Milch — sonst für 6 bis 8 Kopfen pro Stopf (gleich 1/2 Liter) erhältlich — kostet jetzt 30 bis 40 Kopfen in großen Städten noch mehr; die Butter — sonst 35 bis 45 Kopfen das Pfund — kostet jetzt in der Provinz 2 Rubel und darüber das Pfund, in der Residenz gar bis 4 Rubel; Speck und auch gewöhnlicher Käse werden mit 2 Rubel und mehr das Pfund verkauft. Sonst konnte man Schweinefleisch für 8 bis 12 Kopfen, Käse für 16 bis 18 Kopfen das Pfund erhalten. Roggenbrot, früher 2 bis 3 Kopfen das Pfund, kostet jetzt 9 bis 12 Kopfen; Weizenbrot, früher 5 bis 6 Kopfen, jetzt 18 bis 20 Kopfen das Pfund. Für ein Pfund Käse werden 4 Rubel bezahlt.

Auf Grund einer Enquete, die sich auf 62 Ortschaften erstreckte, wurde folgende Preissteigerung festgestellt:

Table with 4 columns: Item, 1913, 1914, 1915, 1916. Rows include Weizenmehl, Roggenmehl, Buchweizen Grieß, Salz.

In welchem Maße der Krieg die Produktion beeinträchtigt, zeigen folgende Zahlen aus der „Beihilfen für Handel und Gewerbe“ über die Lagerbestände von Getreide und Mehl vom 14. Oktober 1915 und 1916:

Table with 4 columns: Item, 1915, 1916. Rows include Weizen, Roggen, Hafer, Gerste, Mais, Mehl.

Die Lagerbestände waren 1916 also über dreieinhalbmal geringer als 1915. Und die Preise bedrücken die Bevölkerung, sie haben die Produktion nicht zu fördern verstanden.

und es sei gar nicht zu hoffen, daß die Zukunft darin eine Besserung bringe, im Gegenteil, für das kommende Jahr sei noch Schlimmeres zu erwarten.

Die Not der großen Volksmassen wird dann noch durch die grenzenlose Teuerung von Bekleidungsstücken und Schuhwerk besonders gesteigert. Textilarbeiten sind während des Krieges im Preise um das Dreis- bis Fünffache teurer geworden, Schuhwaren sogar um das Sechsfache. Ein Paar Schuhe — vor dem Krieg für 7 bis 8 Rubel erhältlich — kosten jetzt 50 bis 60 Rubel!

Die bisher ergriffenen Maßnahmen haben die Teuerung nicht aufgehalten, man kann vielmehr sagen, daß die Lage sich täglich verschlimmert.

Dazu kommt aber noch die unerträgliche Wohnungsnot, der fast absolute Mangel an Brennmaterial, an Beleuchtungsstücken und die Teuerung der Bekleidung. Die Proletariatsmassen Rußlands wohnen schon in normaler Zeit in so unglaublich schlechten Schlafstätten, daß man sich das in Westeuropa kaum vorstellen vermag. Während des Weltkrieges haben sich auch diese Verhältnisse noch verschlechtert. Allein schon der Zustrom der Kriegsfüchlinge hat eine Vermehrung der städtischen Bevölkerung verursacht und die Wohnungsfrage nach Wohnungen vergrößert. In diesen Städten sind leere Wohnungen zu einer Seltenheit geworden; Wohnungssuchende sehen Prämissen aus für den Nachweis von „mietfreien“ Räumen.

Selbst in Rußland noch das wichtigste Brennmaterial, kann wegen Mangels an Arbeitskräften ebenfalls nicht in genügender Menge beschafft werden. Deshalb bleiben viele Wohnungen ungeheizt. Der Verbrauch von Steinkohle zu Kriegszwecken ist so groß, daß für zivile Zwecke nichts übrig bleibt. Die städtischen Gaswerke stellen ihre Betriebe wegen Mangels an Steinkohle ein; die Städte bleiben nicht nur unbeleuchtet, sondern auch industrielle Betriebe mit Gasmotoren sehen sich gezwungen, die Arbeit einzustellen. Petroleum mangelt auch. Da Petroleum in Rußland als Beleuchtungsmittel noch in erster Linie in Betracht kommt, ist es leicht einzusehen, welche Katastrophe durch den Mangel desselben heraufbeschworen wird. Man berichtet zum Beispiel aus Odessa, daß die Zahl der am Abend hinter bleibenden Wohnungen und Häuser sich täglich vermehre, ganze Straßenzüge sähen abends wie tot und verlassen aus. Ebenso berichten die Zeitungen aus anderen Orten, nicht nur Wohnungen blieben unbeleuchtet, in den Bureaus, Werkstätten und Geschäftsräumen müsse auch die Arbeit in den Abendstunden wegen Mangels an Petroleum eingestellt werden. Und nicht, daß derartige nur aus unbedeutenden Orten berichtet würde, nein, auch aus fast allen großen Städten und Industriezentren. F.

Politische Rundschau.

Der Verlauf der russischen Revolution hat, soweit die offiziellen Nachrichten betreffen, im großen und ganzen der zuerst eingeschlagenen Weg beibehalten, wenn auch, wie gleich bekannt wurde, die Arbeiterklasse und ihre Vertretung erfolgreich der Bewegung demokratische Ziele weitgehender Natur setzten. Aber die Leitung der neuen Regierung sieht anscheinend noch fest in den Händen, die zuerst die Fäden an sich gerissen hatten. Die wichtigste Forderung des Arbeiterkomitees (es hat fünf seiner Mitglieder angenommen) ist die Forderung der Einberufung einer konstituierenden Versammlung, die über Verfassung und Regierungsform des neuen Reiches entscheiden soll. Die provisorischen Herren Rußlands wollen offensichtlich die Einberufung dieser Versammlung aber auf einen möglichst späten Termin legen, um erst das Land wieder einigermaßen zur Ruhe kommen zu lassen. Daß sie alle Hände voll zu tun haben, um erst einmal ihre Herrschaft auch gegen die Reaktion zu sichern, ist nicht zu bezweifeln. Um die Massen zu beruhigen, sind sie gezwungen, deren Forderungen schon jetzt weit entgegenzukommen, und so sehen wir bereits eine Reihe von Wünschen in einer Weise erfüllt, wie es vor wenigen Wochen dort kaum für möglich gehalten worden wäre. Auch den Frauen ist die volle politische Gleichberechtigung zugesagt worden! Dabei geht die politische Selbständigmachung der einzelnen Landesteile weiter; Finnland hat schon seine eigene Regierung, der nach den letzten Nachrichten eine Reihe Sozialdemokraten in erster Stelle angehören; bei anderen Völkern bereitet sich ähnliches vor. Alle diese Gewährungen und Maßnahmen seitens des Petersburger Exekutivkomitees bezwecken in erster Linie, diesen Völkern die Zugehörigkeit zum großen Rußland angenehm und seine Verteidigung bis zum äußersten zur natürlichen Pflicht zu machen. Der Kriegswille soll neu belebt werden, und man bringt dem Volke den Glauben bei, es müsse seine jetzigen Freiheiten gegen Deutschland verteidigen, dessen Sieg eine Neubelebung der Autokratie bedeuten würde.

Leider kann man nicht sagen, daß unsere Stadtkommissionen und Herrenhäuser in den letzten Tagen dazu beigetragen hätten, einen solchen Verdacht als völlig sinnlos erlöschen zu lassen. Im Gegenteil — man hat sich von dieser Seite wieder einmal in einer Weise geäußert, daß es ein Leichtes für das feindliche Ausland ist, Deutschland immer noch als größtes Hindernis jedes entschiedenen politischen Fortschritts hinzustellen. Im Herrenhause legte man scheinlich Wertung gegen die „Angriffe“ ein, die es im Abgeordnetenhause habe erleiden müssen. Graf v. Moon erklärte, zu einer Reform des Herrenhauses liege kein Anlaß vor, und Herr v. Aleich meinte, für eine Erweiterung der Parlamentsrechte sowie für eine Einschränkung der Rechte der Krone oder Einführung des Wahlrechtes für Preußen sind seine Freunde nicht zu haben. Die im Herrenhause sitzenden Bürgermeister, die dort das liberale Element vertreten, brachten bei diesen neuerlichen Beschlüssen zur Reaktion es wenigstens zu einigen Proben, während sie bei dem ersten Vorstoß, der bekanntlich zu der Abwehr durch den Reichstanzler im Abgeordnetenhause geführt hatte, in grenzenloser Verkennung der politischen Notwendigkeiten stillgeschwiegen hatten. Auch Minister Breitenbach als Vizepräsident des Staatsministeriums mußte wohl oder übel den Kritiken, die an Weltmann Gollweg nochmals geübt wurden, entgegenreten. Der entscheidenden nahm noch Dr. Deubatz den Reichstag zu Schutz.

Auch bei einer späteren Gelegenheit, bei Behandlung der Ernährungsfrage, zeigte sich die ganze Rückständigkeit und eigenmächtige Politik verschiedener erlauchter Herren. Ganz hervorragend war natürlich Herr v. Oldenburg-Jarmisch, der wiederum für Kartoffeln einen Preis von M 9 bis M 10 pro Zentner forderte. In dieser Sitzung haben aber endlich einmal auch die Vertreter der großen Stadtgemeinden ein ernstes Wort gesprochen. Besonders waren es der Oberbürgermeister von Cassel und der von Halle a. d. S., die die Interessen der städtischen Bevölkerung an besseren Ernährungsmaßnahmen und größerer politischer Freiheit wirkungsvoll vertraten. Dr. Rive, Halle a. d. S., erklärte: „In Preußen herrscht noch der alte Preuzengeist. Von Selbstverwaltung ist keine Rede mehr, es wird immer befohlen. Wir haben die besten Schulen, aber das schlechteste Schulrecht. Die Fehl- und Uebergriffe sind so stark, daß man kaum noch glauben kann, in einem Rechtsstaat zu leben. Auch das Wohnungsgezet zeigt, daß der Polizeigeist noch umgibt. Nicht: „Gänge weg vom alten Preußen!“, sondern: „Alle Hände ran an das alte Preußen!“ Das alte Preußen muß sich verjüngen. Zum ersten Male hat dieses Haus Märzwind verspürt. Hoffentlich hat dieser Frühlingshauch nicht umsonst durch dieses Haus geweht.“

Ernährungswert ist es noch, daß Graf von und zu Goensbroch im Laufe der Berichtswoche — am Freitag — sogar die Gelben in den Kreis der Erörterung zog und die Regierung aufforderte, ihnen wieder ihre Gunst zuzuwenden; sie habe sich mit den Gewerkschaften viel zu weit eingelassen. Vor dem Krieg habe die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ die Werkvereine in Schutz genommen, jetzt habe sie sich nicht vorwärts, aber zum „Vorwärts“ entwickelt.

Im Reichstag wurde das Etat-Regesetz gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen, und bei der dritten Beratung der Steuervorlage wurde die Kriegsteuer einstimmig beschlossen, während die Verkehrs- und die Kohlensteuer, nachdem einige Verbesserungsvorschläge der Linken abgelehnt worden waren, gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen und der Polen angenommen worden sind.

Beim Etat des Reichskanzlers gab es dann einen „großen Tag“ erster Ordnung. Die Wirkungen der russischen Revolution machten sich in den Ausführungen aller Redner geltend, und die linke Seite im Hause in erster Linie, aber auch die Sprecher des Zentrums und der Nationalliberalen zogen aus ihre Schlussfolgerungen auf die Notwendigkeiten der inneren Entwicklung Deutschlands. Gefordert wurde besonders noch darauf von der Regierung, daß sie so rasch wie möglich erkläre, die in Rußland weit verbreitete Ansicht, Deutschland löse den Versuch machen, bei der Wiederherstellung des zaristischen Regiments mitzuwirken, sei falsch. Und falls in Rußland die Stimmung für rasche Herbeiführung eines ehrenvollen Friedens wachse, so solle die deutsche Regierung nichts unterlassen, was die Herbeiführung eines solchen Friedens ermöglicht. Diese gewünschten Erklärungen gab Weltmann Gollweg dann auch. Er sagte, wie sich das russische Volk sein Haus aufbaue, sei ausschließlich seine eigene Angelegenheit, in die wir uns nicht einmischen. Trägt die Neuordnung dazu bei, die Wiederannäherung der beiden auf gute Nachbarschaft angewiesenen Völker zu erleichtern, so begrüßen wir dies mit Freuden. Das russische Volk, das diesen Krieg nicht gemollt habe, könne ohne Sorge gegen irgendwelche Einmischung von unserer Seite sein. Wir begehren nichts anderes, als möglichst bald wieder in Frieden mit ihm zu leben, in einem Frieden, der auf einer für alle Teile ehrenvollen Grundlage aufgebaut ist.

So lebhaft diese Worte auf allen Seiten begrüßt wurden, so wenig befriedigte des Reichskanzlers Stellungnahme zu den innerpolitischen Fragen. Hier war er wieder der alte Weltmann, wie er sich schon die ganzen Jahre gegeben hat. Versprechend für spätere Zeiten, hinhaltend, vorsichtig allen Parteien möglichst Rechnung tragend! Trotzdem in den letzten Tagen zu seiner Verwunderung auch die Stellungnahme der Freisinnigen und der Nationalliberalen sich zugunsten einer sofortigen Neuorientierung auf dem Gebiete des preußischen Wahlrechtes geändert hatte — was dem Reichskanzler anscheinend recht wenig gefällt —, kann er sich nicht entschließen, zur Tat zu greifen und stellt sich immer wieder an, als wenn jeder Schritt nach vorwärts jetzt der Kriegführung Schaden bringen müße.

Wie lange gegenüber der radikalen Demokratisierung in anderen Staaten — mit Ausnahme unserer Verbündeten! — der führende Staat Mitteleuropas in seinen alten Bahnen weiter geruhig wandeln kann, steht dahin. Zu wünschen wäre es, die heutige Regierung dächte immer an das Wort: „Rehe dem Staatsmann, der die Zeichen der Zeit nicht versteht.“ Vorläufig ist dem Reichskanzler dieses Wort recht eindringlich dadurch in Erinnerung gerufen worden, daß der Reichstag kurz entschlossen einem Antrag zustimmte, der in sich begreift die Einsetzung eines Verfassungsausschusses. Er wird sich also ohne weiteres mit verfassungsrechtlichen Zuständen in den einzelnen Bundesstaaten beschäftigen.

Bäckzulage im Felde.

Im Auftrage der Berliner Verwaltung, an die verschiedene Anfragen ergangen waren, wandte sich Kollege Dr. Schneider am 2. März an das Kriegsministerium um Auskunft, ob die Verfügung vom 17. Oktober 1914 (1247 G., 14 B. 2 A., V. B. 148 369) auch für die bei den Marine- und Truppenverwaltungen zutreffend sei. Die Antwort lautete:

Der Staatssekretär des Reichsmarineamts.

Nr. CV 4384 Berlin, den 23. März 1917.

Auf das an das Kriegsministerium gerichtete Schreiben vom 2. März 1917.

Es wird ergebnis mitgeteilt, daß innerhalb des Marinekorps die Bäckzulage für das Bäckereipersonal der Feldbäckereien nach den gleichen Grundätzen wie beim Feldheer gezahlt wird. Im Auftrage.

Diese Antwort ist klar und unzweideutig, und die Kollegen in den Marinebäckereien können nun ihre Rechte.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

In Anbetracht des Umstandes, daß jetzt überall eine lebhafteste Agitation zur Gewinnung neuer Verbandsmitglieder entfaltet wird, und weiter wegen der vielen Veränderungen in der Reihe der Verbandsfunktionäre durch Einberufung zum Kriegsdienst sehen wir uns veranlaßt, die Adressen der Bezirksleiter oder deren Stellvertreter bekanntzugeben:

- Bez. Danzig: Karl Hejschold, Berlin SO 16, Engelshofer 14, 3. Et.
- „ Breslau: Karl Bosse, Breslau, Margarethenstr. 17.
- „ Görlitz: Karl Kassen, Görlitz, Salomonstr. 21, 1. Et.
- „ Berlin-Stettin: Franz Schneider, Berlin SO 16, Engelshofer 14, 3. Et.
- „ Magdeburg: Max Wilke, Magdeburg, Große Mühlstr. 3, 2. Et.
- „ Hannover, Bremen, Hamburg, Kiel, Lübeck, Perfor i. W. und Esln a. Rh.: O. Ullmann, Hamburg, Besenbinderhof 57.
- „ Leipzig, Chemnitz und nördliches Bayern: Alfred Geil, Chemnitz, Zwickauer Straße 152, 1. Et.
- „ Dresden: Gustav Ostermann, Dresden-Alstadt, Siliengasse 12, 2. Et.
- „ Halle und Erfurt: Gustav Strehler, Halle a. d. S., Garz 42/44.
- „ Effen: Georg Keiter, Effen W, Koblrauschstr. 1.
- „ Frankfurt a. M. und Wiesbaden: Bruno Fiedler, Frankfurt a. M., Alieheiligenstr. 51, 3. Et.
- „ Mannheim und Straßburg: Georg Siobel, Mannheim, R 3, Nr. 14, 2. Et.
- „ Württemberg: Karl Hausmann, Stuttgart, Eßlinger Straße 19.
- „ Nürnberg: Andr. Lämmermann, Luchstraße 20, 1. Et.
- „ Regensburg: Hans Gumpendobler, Regensburg, Walderdorferstr. 4.
- „ München: Jos. Diermeier, München, Pestalozzistraße 42, 3. Et.

Zu Fragen der Agitation, Durchführung der Tarife und beiräte Teuerungszulagen wollen sich die Zahlstellen- und Einzelmitglieder in erster Linie an diese Adressen wenden.

Das Jahrbuch 1916 ist in den letzten Tagen an die Zahlstellen des Verbandes in beschränkter Anzahl versandt worden und wird den Mitgliedern unentgeltlich verabfolgt. Die Mitglieder wollen sich das Jahrbuch also bei der Zahlstellenleitung abfordern.

Wie aus verschiedenen Städten erfreulicherweise berichtet wird, hat die Agitation unter den zu Ostern auslernenden Lehrlingen schon recht gute Erfolge und viele Neuaufnahmen von Mitgliedern gebracht, und wir erwachen, daß nun überall weiter recht planmäßig und geschickt diese Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder unter diesen jungen Kollegen betrieben wird.

Dabei verweisen wir auch darauf, daß nach einem früheren Beschlusse des Verbandsvorstandes, Lehrlinge, die ein Vierteljahr unserm Verbands angehören, die Verbandsgeschichte unentgeltlich erhalten sollen.

Wir bringen diesen Beschluß den Zahlstellen in Erinnerung und erwarten, daß er überall durchgeführt wird. Auch die Mitglieder im Militärdienst, die an ihren Wunden oder wegen Krankheiten im Lazarett liegen, sollen von ihren Zahlstellen die Verbandsgeschichte unentgeltlich erhalten. Wir wissen, daß die Zahlstellen diesen Beschluß vielfach leider nicht ausgeführt haben, deshalb bringen wir ihn wieder in Erinnerung.

Der Verbandsvorstand.

J. A. O. Ullmann, Vorsitzender.

Quittung.

Vom 26. bis 31. März gingen bei der Hauptkassie des Verbandes folgende Beträge ein:

- Für Februar: Karlsruhe M. 3,60, Dortmund 136,08, Effenach 28,20, Erfurt 49,84.
 - Für Januar-März: Amberg M. 29,25, Straubing 22,40, Tschoe 64,66.
 - Für März: Hamburg M. 177,41.
 - Von Einzelzahlern der Hauptkassie: G. T. Hamm M. 14, H. R. Schweinert 1,50, G. Sch. Wittat 16.
- Der Hauptkassierer. D. Freitag.

Von Kollegen aus dem Felde für Unterstützungszwecke.

An die Verwaltung Berlin: Von A. S. M. 5. An die Zahlstelle Hamburg-Altona: Vom Erjays-Reservisten H. G., Reserve-Bad-Kolonie 11, Deutsche Feldpost 762, M. 3. Früher quittiert M. 4156,87, heute quittiert M. 8, zusammen M. 4164,87.

Aus den Bezirken.

Dortmund. Die Adresse des Kassierers ist jetzt: Heinrich Drücke, Hohensyburgstr. 52.

Sterbetafel.

Hamburg-Altona. Karl Haase, Bäcker, 61 Jahre alt.

Kriegsverluste des Verbandes.

Bezirk Essen a. d. R. Franz Merzenich (Lieberfeld), Bäcker, gestorben in Feindesland. Ehre ihrem Andenken!

Lohnbewegungen und Streiks.

Fabrikbranche.

Maßregelung in der Bergwerksfabrik Saaber in Freiburg i. Br. Zu der unter dieser Stichmarke in Nr. 15 gebrachten Notiz ist nachzutragen, daß die ausgesprochene Kündigung der Kollegin zurückgenommen wurde. Den in dieser Angelegenheit bei Herrn Saaber vorstellig gewordenen Kollegen Marzloff und Niedl versicherte Herr Saaber wiederholt, daß er nichts dagegen einzuwenden habe, wenn sich seine Arbeiter und Arbeiterinnen organisieren. Herr Saaber erklärte ferner auf das bestimmteste, seinem Aufseher Bergbold jede Kündigung und Forderung gegen den Verband unterlagt zu haben. Herr Saaber hat seinem gesamten Personal eine zehnprozentige Teuerungszulage gewährt.

Die Bonifaciusfabrik „Badenia“ in Freiburg i. Br. hat ihren Arbeitern und Arbeiterinnen eine einmalige Teuerungszulage gewährt. Es erhielten die Leute, welche vor Kriegsausbruch schon im Betriebe tätig waren, M. 45, die über ein halbes Jahr tätigen M. 35, und die weniger als ein halbes Jahr tätigen M. 30. Diese Teuerungszulage erforderte die Summe von M. 2080. Den Verteilungsplan bestimmte der Arbeiterausschuß. Die Verteilung soll zur Zufriedenheit des Personals erfolgt sein.

Eine einmalige Teuerungszulage brachte die Firma Schmaladen- und Zuckerwarenfabrik Kynast in Dresden erlangt März zur Auszahlung; sie betrug für jugendliche Personen M. 15, für sonstige ledige Personen M. 20, und die Verheirateten erhielten M. 30. Wir erkennen diese besondere Zuwendung an, denn derartige Zuwendungen sind jetzt eine dringende Notwendigkeit. Die Firma war auch in letzter Zeit bestrahlt, durch Verteilung von einigen Lebensmitteln die Lage ihrer Betriebsarbeiterschaft zu mildern, während eine andere große Firma am Orte bei der Verteilung von Lebensmitteln inheimatisch nur ihren Werkereim berücksichtigt. Auf dieses Verhalten der betreffenden Firma werden wir demnächst an dieser Stelle zurückkommen; zunächst sind Schritte unternommen, damit eine gerechtere Verteilung im Betriebe vorgenommen wird.

Korrespondenzen.

Bäder.

Wiesbaden. Der frühere langjährige Mitgeselle Karl Keller ist am 29. März gestorben. Wenn er früher auch scharfer Gegner unseres Verbandes war, so hat er doch die letzten Jahre, inwieweit er sich nicht entschließen konnte, Mitglied bei uns zu werden, anerkannt, daß eine Organisation wie die unsere unbedingt notwendig ist. Mögen daraus alle Kollegen die Nutzenwendung ziehen.

Fabrikbranche.

Dresden. (Arbeiterausschüsse wählen.) Nach § 11 des Vaterländischen Hilfsdienstgesetzes müssen zurzeit in allen Betrieben, die dem Hilfsdienst unterstehen und in der Regel mindestens 50 Personen beschäftigen, Arbeiterausschüsse gewählt werden. In Dresden sind zu diesen Wahlen überall die nötigen Vorbereitungen getroffen worden, und die erste derartige Wahl hat Donnerstag, den 22. März, für die Schokoladenfabrik Richard Selbmann stattgefunden. Das Resultat ist folgendes: Eingetragene waren 146 Wähler. Abgemittelt haben 132. Eingereicht waren zwei Vorschlagslisten; Liste 1 war von Verbandsmitgliedern aufgestellt, während Liste 2 sich des Beifalls des Arbeitgebers erfreute. Auf Liste 1 entfielen 123 Stimmen, auf Liste 2 nur 8 Stimmen, während 1 Stimme ungültig war. Zu wählen waren 5 Ausschussmitglieder und 10 Ersatzleute. Sämtliche 15 Vertreter der Verbandsliste sind somit gewählt worden, während die Liste des Arbeitgebers und der Meister keine Vertretung erhielt. Charakteristisch ist noch, daß selbst diejenigen, die auf der Liste des Arbeitgebers standen, diese nicht gewählt haben, sondern fast durchweg die Liste des Verbandes. Hoffentlich können wir bald weitere derartige Erfolge berichten. Nur weiter so, ihr Dresdner Mitglieder!

Internationales.

Der Jahresbericht des schwedischen Verbandes.

Der schwedische Bäckerverband hat ein Jahr voll rastloser Tätigkeit und hegebeheitsreicher Vorgänge hinter sich.

Am 29. Juli hat der Verband seinen 20. Geburtstag gefeiert, und es war schon im voraus beschlossen worden, daß der Kongreß des Verbandes Mitte Februar 1917 einberufen werden sollte, um unter anderem den Geburtstag zu feiern; der Kongreß ist aber durch Abstimmung unter den Mitgliedern wegen der Kriegsverhältnisse bis auf 1920 verschoben worden.

Der Verband hat ein neues Abkommen mit der Landesarbeitgeberorganisation geschlossen; durch dieses Abkommen erhalten die Kollegen eine Lohnerhöhung bis zu je Kr. 3 pro Woche. Außerdem ist es dem Verbande gelungen, in vielen Fällen Abkommen mit den Meistern zu schließen, die außerhalb der Arbeitgeberorganisation stehen. Der Verband hat ferner große Arbeit geleistet um Teuerungszulage für die Kollegen zu erhalten, und diese Arbeit hat auch einen guten Erfolg gehabt, so daß der Verband für die Mitglieder durchschnittlich 10 pZt. Teuerungszulage zu verzeichnen hat.

Betreffend die Frage wegen des Nachtbackverbots, welche anfangs 1916 vom Reichstag an den sozialen Ausschuß zur Erregung überwiegen wurde, ist mitunter, daß der Ausschuß Sachverständige, drei Meister und drei Kollegen berufen hat, um die Frage zu erörtern; vom Kollegienverbande wurden A. Sjöstedt, D. G. Löfgren und Gustav Berg ernannt.

Die Verhandlungen sind sehr langsam fortgeschritten, und die Arbeitgeber immer versuchten, Steine auf den Weg zu werfen.

Eine rastlose Agitationstätigkeit ist im Jahre von den Angestellten des Verbandes ausgeführt worden, und mit guten Ergebnissen; denn die neuerworbenen Mitglieder sind 804; so daß der Verband, trotzdem 662 Mitglieder wegen der Beschränkung des Berufes arbeitslos wurden und sich deshalb gezwungen sahen, Arbeit in andern Berufen zu suchen und deshalb sich vom Bäckerverbande auszumelden, doch einen Uberschuß an Mitgliedern bis zu 142 zu verzeichnen hat. Am Schlusse des Jahres 1916 war die Zahl der Mitglieder 8468. Die Agitation hat Kr. 3479,20 gekostet.

Die Arbeitslosigkeit war im Jahre wegen der Kriegsverhältnisse sehr groß; für arbeitslose Kollegen wurden im ganzen Jahre Kr. 16 747,20 als Unterstützung gezahlt; aber am Schlusse des Wirtschaftsjahres nahm die Arbeitslosigkeit wegen der Mehl-, Zucker- und Kohlenknappheit überaus bedrohend zu und hatte anfangs Februar die Größe bis zu 798 arbeitslosen Kollegen erreicht. Und noch größere Arbeitslosigkeit ist zu erwarten; denn straffere Bestimmungen der Brotregelung sind in Aussicht gestellt.

Jetzt betragen die täglichen Brotationen, wie man aus beigefügter Karte sieht, 5 x 65 g = 325 g weiches Brot oder 250 g Mehl oder 200 g Spitzbrot (hartgebackenes Brot); nun wird aber diese Ration um 50 g herabgesetzt, und außerdem wird es verboten, reines Weißbrot zu backen. Es dürfen für Brot nur 40 pZt. Weizen und 60 pZt. Roggen verwendet werden. Wegen dieser Regelung und der daraus erfolgten Arbeitslosigkeit hat der Verbandsvorstand sich in folgendem Schreiben an die Regierung gewandt, um Entschädigung für die infolge dieser Maßnahmen entlassenen Kollegen zu bekommen:

„... daß die Regierung möglichst bald Maßnahmen beschließen wolle, so daß die männlichen und weiblichen Bäckereiarbeiter, welche wegen der Brotregelung arbeitslos geworden sind und welche während der Regelung keine gleichmäßig bezahlte Arbeit bekommen, durch Fürsorge der Regierung die innerhalb des Berufes entsprechenden Löhne erhalten können.“

Stockholm, 24. Januar 1917. gez. A. Sjöstedt.

Die Regierung hat unterm 12. Februar 1917 geantwortet, und durch diese Antwort wurde den Kollegen Unterstützung versprochen; später sind die Regeln dieser Unterstützung dem Verbande von der Staatsarbeitslosenkommission zugegangen. Die Unterstützung aber, die den Kollegen laut diesen Regeln gewährt werden kann, ist doch sehr niedrig.

Nun setzten die Leiter des Verbandes alles daran, die Nachtbäckerei abzuschaffen; denn die Brotregelung ist ja schon dorthin gelangt, daß nur große Brotsorten gebacken werden dürfen, und hierfür braucht man allerdings auch gar keine Nacharbeit.

Die ökonomischen Verhältnisse im Verbande haben sich 1916 noch sehr verbessert. Der Verband hat seine Anleihe von 1912 an den deutschen Verband zurückgezahlt; damit sind die ganzen Schulden, die der Verband für die großen Leistungen während des Kampfes 1912 bei den Bruderverbänden machen mußte, restlos bezahlt; trotz dieser Rückzahlung aber hat der Verband doch seinen Kassenbestand um Kr. 15 019,94 vergrößert. Die Einkommen und Ausgaben des Verbandes zeigen sich in folgenden Zahlen:

Einnahme. Arbeitslosenkasse: Beiträge Kr. 17076,92. Verbandskasse: Beiträge Kr. 25256,38. Andere Einnahmen 3869,09 27125,47. Streikkasse: Beiträge Kr. 25320,73. Andere Einnahmen 1470,74 26791,47. Weihnachtsfonds 9781,58. Genossenschaftsfonds 41,24. Summa Kr. 80816,68.

Ausgabe. Arbeitslosenkasse: Reise- und sonstige Unterstützungen ... Kr. 16747,20. Verbandskasse: Gehälter (Vorsitz. u. Kassierer) Kr. 5044,—. Vorstandssitzung u. Revisionen „ 700,—. Versammlungen „ 850,41. Agitation „ 3479,20. Bureauausgaben „ 3826,20. Fachblatt „ 4906,30 19816,11. Streikkasse: Streikunterstützung Kr. 2202,—. An die Landesorganisation... „ 7812,88. Anleihe zurückgezahlt 6175,— 16389,88. Weihnachtsfonds: 359 arbeitslose Kolleg. (je Kr. 29) Kr. 9831,—. Porto „ 12,85 9843,55. Summa Kr. 62796,74. Einnahme Kr. 80816,68. Ausgabe „ 62796,74. Vermögenszuwachs Kr. 18019,94.

Allgemeine Rudschau.

Zeit als Volksernährungsmittel? In Coblenz ist die bekannte Weinfirma und Seiffelerei Reinhardt & Co. vom Kriegsamt auf die Liste derjenigen Betriebe gesetzt worden, die als „kriegswichtig“ gelten und deren Personal ohne weiteres als im vaterländischen Hilfsdienste tätig anzusehen ist. Als diese Anordnung in einer Besprechung zu Coblenz zwischen dem Kriegsamt und rheinischen Bürgermeistern angefaßt wurde, meinte der Herr Oberst vom Kriegs-

amt, die Firma Reinhardt sei zweifellos ein für die Volksernährung und für die Heeresversorgung wichtiger Betrieb. „Nanu! Wir haben bisher noch nie gehört, daß auf Lebensmittelarten Champagner ausgegeben wird, was doch der Fall sein müßte, wenn er für die Volksernährung wichtig ist, und unsere selbstarbeitenden Kollegen haben auch noch nie gemeldet, daß ihnen dies Getränk borgelegt worden ist.“

Eine Bäckereivereinbarung aus alter Zeit. Im Jahre 1658 erhielt Kurfürst August von Sachsen ein Verbot an die Bäder: „Ein Loth Mehl soll 5 Groschen, zwei Loth 7 Groschen, drei Loth 9 Groschen und vier Loth 11 Groschen, so oft es geschieht, den Rath zur Straffe geben. Weß aber fünf, sechs oder mehr Loth an Gewicht zu geringet befünden, das soll zurschnitten und den armen gegeben u. den Verbrecher das Handwerk ein Monat gelegt sein.“

Literarisches.

Vom „Wahren Jacob“ ist neben die Ofternummer erschienen. Der Preis der Nummer ist 10 g. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag J. F. W. Metz Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart sowie von allen Buchhandlungen und Kolporturen zu beziehen.

Von der „Neuen Zeit“ ist neben das 26. Heft vom 1. Band des 35. Jahrganges erschienen. „Die Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporture zum Preise von M. 3,90 das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 30 g. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

„Die Glocke“, Sozialistische Wochenchrift, Herausgeber: Parvus. (Verlag für Sozialwissenschaft, G. m. b. H., Berlin SW 68.) Das eben erschienene Heft 52 enthält unter anderem folgende Artikel: Parvus: Der Sieg der russischen Revolution. Dr. Paul Veisch, M. v. R.: Die Iden des März. Adolf Köster: Bismarcks Erbe (Schluß). Engelbert Fernstörjer: Zwei gerechte Amerikaner. Th. Stauning: Die Kommunalwahlen in Dänemark. Dr. John Schilowski: Die Entstehung der Kunststile. — Einzelhefte 20 g., vierteljährlich M. 2,50 bei allen Buchhandlungen und Postanstalten.

Spätestens am 7. April ist der 15. Wochenbeitrag für 1917 (8. bis 14. April) fällig.

Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen.

Donnerstag, 12. April: Hamburg-Altona: 7½ Uhr im Gewerkschaftshaus, Bejenbinderhof 57. Sonnabend, 14. April: Eisenach: Gasthaus „Zum weißen Hirs“, Alexanderstraße 105. — Suht: 8½ Uhr in „Dombergs Ansicht“.

Anzeigen.

Nachruf. [M. 4,50] Am Sonntag, 1. April, verstarb unser treues Mitglied, der Bäcker Karl Haase im Alter von 61 Jahren. Sein Andenken wird ehrend wahren. Die Beerdigung findet Donnerstag, den 5. April, nachmittags 4 Uhr, von Kapelle 6 des Ohlsdorfer Friedhofes aus statt. Die Beerdigung findet Donnerstag, den 5. April, nachmittags 4 Uhr, von Kapelle 6 des Ohlsdorfer Friedhofes aus statt.

Geschäftsverlegung.

Allen Freunden und Bekannten zur gefälligen Beachtung, daß ich meine Gastwirtschaft von der Silberjachtstraße, Hamburg-St. Pauli, nach der Wilhelminenstraße 10 verlegt habe. Der Treffpunkt aller Bäcker von Hamburg, Altona, Wandsbek und Umgegend ist also jetzt nur noch Wilhelminenstraße 10! [M. 8,50] H. Pfeifer.

Zahl gute Preise für Kontrollkassen. Offerten unter J. F. 6697 an Rudolf Mosse, Berlin SW 19. [M. 4]

Nürnberger Bäcker- und Konditorgehilfen decken ihren Bedarf am besten bei Hans-Derfuss, Schneidermeister, Heugasse 2, 1. Et.